

Sächsisch-Elbzeitung

Tageblatt für die

Sächsische Schweiz



Die Sächsische Elbzeitung enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Stadtrats zu Bad Schandau, des Hauptzollamts Bad Schandau und des Finanzamts Sebzig. Die Sächsische Elbzeitung für Bad Schandau mit seinen Ortsteilen Ostau und Postwitz und die Landgemeinden Altenorf, Gohrdorf mit Koblsmühle, Kleingiebbühl, Krippen, Bichtenhain, Mittelnorf, Porsdorf, Proffen, Rathmannsdorf mit Plan, Reinhardtshaus, Schmilla, Schöna, Waltersdorf, Wendischfähre.

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Hiete, Inh. Walter Hiete, Bad Schandau, Bautenstr. 134. Fernsprecher 22. Postfachkonto: Dresden Nr. 33 327. Gemeindegroßkonto: Bad Schandau Nr. 12. Geschäftszeit: wochentags 7/8-18 Uhr.

Die Sächsische Elbzeitung erscheint an jedem Wochentag nachmittags 4 Uhr. Bezugspreis: monatlich frei Haus 1.85 RM. (einschl. Botengeld), für Selbstabholer monatlich 1.65 RM., durch die Post 2.00 RM. zuzügl. Bestellgeld. Einzelnummer 10 Pf., mit illustrierter 15 Pf. Nichterscheinen einzelner Nummern und Beilagen infolge höherer Gewalt, Betriebsstörung usw. berechtigt die Bezugsnehmer nicht zur Kürzung des Bezugspreises oder zum Anspruch auf Lieferung der Zeitung. Anzeigenpreise: Der Raum von 1 mm Höhe und 46 mm Breite kostet 7 Pf., im Textteil 1 mm Höhe und 90 mm Breite 22,5 Pf. Ermäßigte Grundpreise, Nachlässe und Beilagegebühren lt. Anzeigenpreislifte. Erfüllungsort: Bad Schandau.

Ständige Wochenbeilagen: „Unterhaltung und Wissen“ — „Das Unterhaltungsblatt“ — „Zum Wochenende“ — Illustrierte Sonntagsbeilage: „Das Leben im Bild“

Nr. 78

Bad Schandau, Mittwoch den 1. April 1936

80. Jahrgang

Bolschewismus und Judentum

Moisi Hipsis, Carlos Garfenikel, Jayme Gandelman — drei charakteristische Namen. Drei Drahtzieher der brasilianischen Revolte im Herbst 1935. Drei Vertreter einer Macht, die gerne solche Typen auch in Deutschland ans Ruder bringen wollte. Drei Kommunisten und drei Juden zugleich, Exponenten der roten Internationale, die da wohnhaft ist in der Union der sozialistischen Sowjetrepubliken und bestrebt, auf dem Umwege über Frankreich doch noch ihr böses Ziel in Deutschland zu erreichen. Frankreich wie fast alle Staaten der Erde hat sich heute noch gegen die kommunistische Ferkelung zu wehren. In Sowjetrußland aber ist die staatliche Organisation der jüdischen Auslieferung zur Tatfache geworden. Sämtliche Gebiete des russischen Volkstums stehen unter jüdischer Leitung, die die Ausbeutung jedes einzelnen durch ein in der Geschichte einzig dastehendes Terror- und Gewaltssystem durchführt. Vor allem sind die beiden wichtigsten Faktoren der bolschewistischen Diktatur im wesentlichen in den Händen von Juden: die kommunistische Partei der Sowjetunion und der Regierungsapparat, der seine oberste Spitze im Rat der Volkskommissare hat.

In der kommunistischen Partei der Sowjetunion steht neben dem Generalsekretär, dem Nichtjuden Stalin, als seine rechte Hand und der zweitmächtigste Mann der Sowjetunion sein Schwiegervater, der Jude L. M. Kaganowitsch. Im Zentralerekutivkomitee der Partei sitzen außerdem die Juden Litwinow, Jagoda, Tschernoff, Kofengolk, Ujbinoff, Blatnikh, Wofowitsch und Garmarnik. Auch der gesamte mittlere und untere Parteiapparat ist durch und durch jüdisch. Was den Regierungsapparat der Sowjetunion betrifft, so sitzen an seiner Spitze, im Rat der Volkskommissare, folgende Juden: Außenpolitik: Litwinow, Inneres: Jagoda, Außenhandel: Kofengolk, Innenhandel: Weizer, Landwirtschaft: Tschernoff, Leichtindustrie: Ujbinoff, Verkehr: L. Kaganowitsch, Verteidigung: Garmarnik (Polit. Abteilung), Staatsgüter: Kalmantowitsch. Außerdem sitzen im Rat der Volkskommissare nur noch zwei Nichtjuden und vier Russen.

Als weiteres Beispiel führen wir den Ausschuss an, der vor einigen Wochen beim Volkskommissariat für Ernährung gebildet wurde. In diesem sind unter 50 Fachbeamten 42 Juden, darunter der Stellvertretende Volkskommissar für Ernährung, Mark Natanowitsch Belenky, und der Stellvertretende Vorsitzende dieses Beratungsausschusses, Mark Lewitin. Diese Namen nur als einige Beispiele für die umfassende Verjudung des sowjetrussischen Regierungsapparates.

Die Durchführung der Ausbeutung, die von diesen Kommisaren entworfen wird, liegt in den Händen des Leiters der „Inneren Abteilung“, des Juden Jagoda. Es braucht nicht weiter erwähnt zu werden, daß gerade an dieser Stelle, der ehemaligen Tscheka oder GPU, die ganze Brutalität der jüdischen Rasse zum Ausbruch kommt. Gerade in der Tscheka ist das jüdische Element prozentual am stärksten vertreten. In der sowjetischen Außenpolitik arbeiten ebenso in der Hauptsache Juden. Die Sowjets sind in Genf durch eine achtköpfige Delegation vertreten, in der sich sieben Juden befinden. An der Spitze steht der Außenkommissar Litwinow-Ballach-Finkelstein, sein Vertreter ist der Jude Rosenbergs. In den anderen Hauptstädten sitzen ebenfalls Juden. So in Rom Boris Stein, in Paris Selphand usw.

Aber die Sowjetunion ist nicht nur ein jüdisch geleiteter Ausbeutungsstaat, sie ist gleichzeitig der Herd des jüdisch-internationalen Kommunismus für die ganze Welt, die Zentrale für die organisierte Ferkelung und Revolutionierung aller Staaten. Nicht umsonst hat der Führer in seiner letzten Rede vor dem Deutschen Reichstag, in der er die restlose Befreiung Deutschlands von den Versailles Ketten und Deutschlands Bereitwilligkeit zu friedlicher Zusammenarbeit mit unseren Nachbarn verkündete, ausdrücklich einen „Pakt mit dem Weltbolschewismus“ abgelehnt. Es handelt sich eben bei der Sowjetunion nicht um einen „nationalen“ Staat, mit dem man wie mit jedem anderen verhandeln könnte, sondern um das Herrschaftsgebiet des internationalen Judentums, das etwa 70 große und kleine Völker auf dem Gebiet des ehemaligen Rußland unter seine Gewalt gebracht hat und danach strebt, alle übrigen Staaten durch Umsturz in dieses System einzuordnen. Die heutige Ausbeutung der Völker der UdSSR ist nur die erste teiltweise Verwirklichung des jüdischen Welt Herrschaftsdranges. Seine weitere Erfüllung durch die Bolschewisierung Deutschlands ist und bleibt mißlungen. Aber heute hat Moskau sein Augenmerk verstärkt auf andere Staaten gelenkt. Wir wollen auch hier nur ein Beispiel herausgreifen, um die jüdische Grundlage der kommunistischen Internationale aufzuweisen: den jüngsten bolschewistischen Umsturzversuch in Brasilien.

Brasilien, einer der zukunftsreichsten Staaten der Welt, hatte schon lange die Aufmerksamkeit der roten Nachbarn auf sich gezogen. Da die Regierung sich nicht dazu verstand, Sowjetrußland anzuerkennen und eine offizielle Vertretung

ins Land zu lassen, setzte man den Juden Wintin als Leiter einer sowjetrussischen Handelsvertretung in Argentinien ein. Dieser organisierte von dort aus die kommunistische Wählerarbeit in ganz Lateinamerika, und zwar so lange, bis die argentinische Regierung sich gezwungen sah, die ganze Gesellschaft aufzulösen und auszuweisen. Es wurde damals festgestellt, daß die Geschäfte dieser „Handelsvertretung“ hauptsächlich in der Finanzierung von Luftständen und in der Weiterleitung von Propagandamaterial bestanden hatten. Wintin begab sich aber nicht erst nach Moskau, sondern wurde kurze Zeit darauf zum sowjetrussischen „Gesandten“ in Montevideo ernannt. Auch hier betrieb dieser ehemalige Ferkelhändler die gleichen Geschäfte wie vorher in Argentinien. An seiner Seite arbeitete der Komintern-Agent für ganz Lateinamerika, der Jude Ewert, unter dem falschen Namen Harry Berger, dessen vordringlichste Aufgabe darin

bestand, den Zustand in Brasilien anzuzetteln. Im Herbst 1935 brach dieser endgültig aus, und wieder waren seine Hauptdrahtzieher Juden: Waldemar Rotteberg, Moisi Hipsis, Abraham Rosenbergs, Rubens Goldberg, Carlos Garfenikel, Jayme Gandelman usw. Besonders stark beteiligt waren Mitglieder der jüdischen Unterwelt aus den Hafenstädten, die dort Mädchenhandel und ähnliche Geschäfte betrieben.

Die Regierungen der drei Staaten Argentinien, Brasilien und Uruguay zogen denn auch die notwendigen Konsequenzen, verhafteten alle Agenten und schoben sie, soweit sie fremde Staatsangehörigkeit besaßen, ab. Ein Teil der bolschewistischen Juden landete allerdings in Mexiko, wo nun eine Wiederholung des ganzen Spieles zu erwarten ist. Es genügt wohl, diese Beispiele herausgegriffen zu haben, um den Beweis für den jüdischen Charakter der kommunistischen Internationale und ihrer Basis, der Sowjetunion, zu führen.

Die Besprechung der Militärs

Meinungsverschiedenheiten im englischen Kabinett?

Die geplanten Besprechungen zwischen den Generalstäben Englands, Frankreichs und Belgiens werden in den englischen Blättern eingehend erörtert. Die den Regierungskreisen nahestehenden Blätter betonen wiederum, daß die Besprechungen keinerlei neue politische Bindungen für England mit sich bringen würden und daß man ihnen angesichts ihres streng umgrenzten Charakters keine allzugroße Bedeutung beimessen dürfe. Alle übrigen Blätter greifen den Plan, diese militärischen Verhandlungen durchzuführen, in mehr oder weniger scharfer Weise an.

Der diplomatische Mitarbeiter der „Times“ meldet, daß auf der letzten Ministerbesprechung einige Beforgnis darüber ausgedrückt worden sei, die Verhandlungen der Generalstäbe könnten einen zu großen Umfang annehmen. Um diese Gefahren zu vermeiden, habe man vorgeschlagen, eine Tagesordnung aufzustellen, an die die Vertreter des britischen Generalstabes streng gebunden sein würden. Sie würden angewiesen werden, die Grenzen der Tagesordnung selbst in den ersten Besprechungen nicht zu überschreiten und alle Fragen dem Kabinett zur Entscheidung vorzulegen. Wie verlautet, sei diesen Grundsätzen allgemein zugestimmt worden.

Der politische Mitarbeiter der „Daily Telegraph“ schreibt, angesichts der öffentlichen Meinung im Parlament und im englischen Volk werde die Regierung bei der Festlegung des Zeitpunktes und des genauen Umfangs der Besprechungen keine unnötige Hast entwickeln. Der diplomatische Mitarbeiter des Blattes will dagegen bereits wissen, daß die Besprechungen wahrscheinlich schon in der nächsten Woche in Paris beginnen würden. Die Stabsbesprechungen seien lediglich eine Vorichtsmaßnahme, denn man stimme jetzt allgemein überein, daß die Anwesenheit deutscher Streitkräfte im Rheinlande keine Kriegsdrohung darstelle.

Der diplomatische Berichterstatter der „Morning Post“ meint, die Bedeutung der Stabsbesprechungen sei größtenteils „symbolisch“, da die Wahrscheinlichkeit eines deutschen Angriffs (1) während der „Zwischenperiode“ nicht sehr groß sei. Die Oppositionsblätter „Daily Herald“ und „News Chronicle“ melden, daß im Kabinett beträchtliche Meinungsverschiedenheiten über die Generalstabsbesprechungen beständen. „Daily Herald“ schreibt, daß die drei Minister der Simon-Liberalen, Sir John Simon, Brown, und Sir God-

fred Collins, den geplanten Besprechungen sehr kritisch gegenüberstünden. Sie seien der Ansicht, daß die Verhandlungen in der gegenwärtigen Lage außerordentlich herausfordernd und gefährlich wären. Diese Ansicht werde von Lord Halifax unterstützt, der gegen jede weiteren Verpflichtungen in Europa sei. Die Haltung des Handelsministers Runciman sei schwankend.

„News Chronicle“ schreibt, ein Teil der Minister sei für Aufschub der Besprechungen bis nach den französischen Wahlen. Die Unterhausabgeordneten würden von ihrer Wählerschaft mit Protestbriefen gegen militärische Verhandlungen mit Frankreich überschwemmt. Gleichzeitig meldet das Blatt, die britische Regierung werde wahrscheinlich weitere Schritte unternehmen, um einen Erfolg des italienischen Vorgehens in Abyssinien zu verhindern.

Das Rothermere-Blatt „Daily Mail“ geht so weit, von der Gefahr einer Kabinettskrise infolge der Meinungsverschiedenheiten über die Stabsverhandlungen zu sprechen. Die meisten Minister seien der Ansicht, daß die militärischen Verhandlungen die Aussichten auf erfolgreiche Verhandlungen mit Deutschland schädigen würden.

„Die Friedensverträge wurmfstichtig“

Eine Mahnung des Senators Cail্লাux.

In der radikalsozialistischen Pariser „Republique“ beschäftigt sich der ehemalige französische Ministerpräsident und Vorsitzende des Finanzausschusses des Senats, Josef Cail্লাux, mit Zukunftsfragen. Er macht sich dabei die Auffassungen des englischen Außenministers Eden zu eigen, wonach Frankreich die noch ungelöste deutsch-französische Frage mit Unvoreingenommenheit und ohne Engherzigkeit in Angriff nehmen müsse. Cail্লাux macht das wirtschaftliche Glend in erster Linie für alle Streitigkeiten verantwortlich und fordert deshalb zu einer wirtschaftlichen und finanziellen Zusammenarbeit der europäischen Völker auf. Frankreich müsse unbedingt zur Herstellung einer solchen Solidarität gelegentlich der Verhandlungen beitragen, die zweifellos nach der Beseitigung der augenblicklichen politischen Schwierigkeiten aufgenommen werden müßten.

Es sei selbstverständlich, daß die aus solchen Verhandlungen hervorgehenden Abkommen nur zwischen vollkommen gleichberechtigten Völkern abgeschlossen werden könnten. Ein offener Geist und ein weiter Blick seien dazu notwendig. Vor allen Dingen aber müßten diejenigen, die Frankreich regierten, sich darüber klar werden, daß die Friedensverträge wurmfstichtig seien; sie seien zum größten Teil zusammengebrochen, und die Mauern dieses Gebäudes von Versailles seien auf Frankreich gestürzt, weil es hartnäckig darauf bestanden habe, sich ängstlich hinter einem Bau zu schützen, dessen notgedungenen Zusammenbruch es nicht mahrgaben wollte.

Ribbentrop in London

Botschafter von Ribbentrop und die Mitglieder der deutschen Abordnung sind am Dienstag um 21.35 Uhr MEZ auf dem Flugplatz Croydon eingetroffen. Zu ihrer Begrüßung hatten sich der deutsche Botschafter in London, Dr. von Hoelsch, sowie Mitglieder der Botschaft eingefunden.

Die deutsche Antwortnote auf die Vorschläge der Rostocarnomächte wird im Laufe des Mittwochvormittags dem englischen Außenminister Eden durch Botschafter von Ribbentrop überreicht werden.

Reichskabinettsitzung

Annahme des Reichshaushalts für 1936; der Dank des Führers

Das Reichskabinett beschäftigte sich in seiner Sitzung am Dienstag mit dem Reichshaushalt für 1936. Vorbehaltlich einiger noch nicht definitiv feststehender Positionen wurden die Vorschläge des Reichsfinanzministers, wie sie sich auf Grund der Verhandlungen mit den einzelnen Ressorts ergeben haben, angenommen; gleichzeitig wurde der Nachtragshaushalt für 1935 genehmigt.

Im Anschluß an diese Beratung gab der Führer und Reichkanzler eine kurze Darstellung der außenpolitischen Lage und gedachte ferner mit Worten tiefgefühlten Dankes des überwältigenden Bekennnisses des deutschen Volkes zur politischen Führung in Staat und Partei. Der Führer und Reichkanzler würdigte hierbei die einzigartige organisatorische Leistung des Parteiapparates und die unübertreffliche Arbeit der Reichs-Wahlkampfleitung.

Die nächste Kabinettsitzung findet nach den Osterfeiertagen statt.